

Manager sollen für Fehler zahlen

HAFTUNG Eine Initiative von Johann Schneider-Ammann will, dass Manager mit ihrem privaten Vermögen für Fehlentscheidungen haften. Headhunter befürchten, dass sich Führungskräfte die zusätzliche Verantwortung teuer bezahlen lassen werden.

SYNES ERNST

Die Schweizerische Volkspartei schlägt Alarm. Wenn das Ansinnen durchkomme, finde man keine Leute mehr für Führungspositionen. So argumentieren die SVP-Vertreter in der Wirtschaftskommission des Nationalrats. Diese befasst sich Anfang November mit einer parlamentarischen Initiative, die Johann Schneider-Ammann eingereicht hatte – bevor er zum Bundesrat gewählt worden ist. Er fordert, dass Manager von systemrelevanten Unternehmen privat für die Folgen ihrer Fehler haften müssen, sofern diese vom Staat vor dem Konkurs gerettet werden müssen.

Was die SVP befürchtet, dürfte jedoch nicht eintreten. «Eine solche private Haftung könne in gewissen Fällen durchaus abschreckend wirken. Die fähigen und verantwortungsbewussten Leader aber lassen sich davon nicht verunsichern», sagt Philippe Hertig vom Kadervermittler Egon Zehnder International. Selbst wenn neue Regelungen eingeführt würden, hätten diese keinen «signifikanten» Einfluss auf die Besetzung oberster Führungspositionen. «Hingegen wird die Bedeutung einer verantwortungsbewussten und professionellen Evaluierung von obersten Führungskräften noch stärker bewusst.»

Ähnlich argumentiert Thomas A. Biland. Der Inhaber eines auf Rekrutierung



Johann Schneider-Ammann und Konrad Hummler: Manager in die Pflicht nehmen.

von obersten Führungskräften spezialisierten Unternehmens sagt: «Der Top-Manager glaubt ohnehin nicht an sein Scheitern, sondern ist in der Regel von seinem Können sehr überzeugt.» Das habe sich in der aktuellen Krise nicht geändert.

Allerdings befürchtet Biland einen unerwünschten Effekt: «Vermutlich werden sich die Führungskräfte das Risiko teuer oder noch teurer bezahlen lassen, was der aktuellen Diskussion um Lohn und Boni entgegenlaufen wird.» Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es nach Biland eine grundlegende Veränderung der Managementkultur nach angelsächsischem Vorbild. «Dazu aber», so resümiert Biland, «muss der Gesetzgeber endlich offensichtlich überforderte und fahrlässig handelnde Manager vermehrt zur Rechenschaft ziehen.»

Asymmetrische Anreize ausmerzen

Schneider-Ammann hatte seinen Vorstoss im Dezember 2008 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise eingereicht. Zwei

Monate zuvor hatte die Schweiz die schlingende Grossbank UBS mit einem milliardenschweren Paket gerettet. Es müsse verhindert werden, schrieb der FDP-Nationalrat und Unternehmer, «dass der Staat mittels einer Rettungsmassnahme für einen möglichen Schaden aufkommt, der

Trotz Kritik von SVP, CVP und Economiesuisse will die FDP an Schneider-Ammanns Vorstoss festhalten.

aufgrund asymmetrischer Anreizstrukturen durch die obersten Führungsgremien zu verantworten ist.»

Was unter «asymmetrischen Anreizstrukturen» zu verstehen ist, deutete Konrad Hummler, unbeschränkt haftender geschäftsführender Teilhaber der St. Galler Privatbank Wegelin & Co., in einem NZZ-Artikel aus. In diesem verteidigte er Schneiders Vorstoss. Asymmetrie sei

dort vorhanden, wo Leistung und Entschädigung wegen hoher Boni-Zahlungen nicht mehr im Gleichgewicht seien.

Als Extrembeispiel nannte der Banker die UBS, wo «eine Optimierung der Eigeninteressen des obersten Managements stattgefunden» habe. Die Symmetrie könne am besten erreicht werden, «indem teilweise die Mechanismen wieder eingeführt werden, die bei personenbezogenen Eigentümerstrukturen vorliegen und diese charakterisieren, nämlich die persönliche Haftung der Entscheidungsträger.»

«Konservative Werte zählen wieder»

Für Privatbankiers ist diese persönliche Haftung gerade in der Finanzmarktkrise ein wichtiger Trumpf. So sagte Jacques de Saussure, Teilhaber bei der Genfer Privatbank Pictet, in einem Interview in «Private Banking», heute würden wieder die konservativen Werte zählen und die Kunden kämen zu seiner Bank, weil die Eigentümer für ihre Entscheide die persönliche Verantwortung trügen. De Saussure: «Als mich in der Krise verunsicherte Kunden fragten, ob ihr Geld bei uns sicher sei, antwortete ich ihnen: «Bevor Sie einen Rapen verlieren würden, wäre ich persönlich schon lange ruiniert.»

Ob solche Werte Grundlage für neue Haftungsregeln für Manager sein werden, ist allerdings ziemlich ungewiss. Denn die parlamentarische Initiative wird von diversen Seiten bemängelt (siehe nebenstehenden Kasten). FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber räumt ein, dass man über die Umsetzung noch diskutieren müsse – wie bei jedem Vorstoss dieser Art. «Aber wir wollen am Begehren festhalten. Nicht zuletzt macht die FDP auch deshalb weiter, weil es eine Alternative darstellt zur allgemeinen Kritik, dass die UBS aus juristisch verständlichen Gründen keine Klage gegen ihre ehemaligen Führungsverantwortlichen einreicht.»

DIE INITIATIVE

Swisscom, SBB und Post im Visier

Systemrelevanz Die parlamentarische Initiative Schneider-Ammann lässt offen, wen sie zu den «systemrelevanten» Unternehmen zählt. Es seien dies «insbesondere konzessionspflichtige Unternehmen, beispielsweise aus dem Transport-, Kommunikations-, Energie- oder Rohstoffbereich, sowie Unternehmen, die einer Bewilligungspflicht unterstehen, zum Beispiel aus dem Finanzdienstleistungs- oder Gesundheitswesen». Betroffenen wären also auch Manager von Swisscom, Post und SBB.

Kritik Der Kreis der betroffenen Unternehmen werde in der Initiative zu weit gezogen, kritisiert Urs Furrer, Leiter Finanz- und Steuerpolitik beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Die «Too big to fail»-Expertengruppe des Bundes habe festgestellt, dass das Kriterium der Systemrelevanz nur auf die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse zutrefte. Diese Gruppe habe eine «ausgewogene» Mischung von Massnahmen ausgearbeitet, die dafür sorgen sollen, dass der Staat gar nicht erst als Retter in Erscheinung treten müsse.

Parteien Die FDP-Mitglieder in der Wirtschaftskommission des Nationalrats unterstützen die Initiative. Entsprechende Signale kommen auch von SP und Grünen. Die SVP lehnt die Forderungen ab, während die CVP Probleme damit hat, dass eine Art Kausalhaftung für Manager eingeführt werden soll. Anstelle der Initiative schlägt sie vor, das Aktienrecht, das derzeit revidiert wird, mit griffigeren Klagemöglichkeiten auszustatten.



Finden, was zusammenpasst.

Wir von Randstad suchen. Und finden. Und bringen erst dann zusammen, wenn wir sicher sind, dass es passt. Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. So vermitteln wir Temporär- und Dauerstellen. Randstad ist weltweit die Nummer 2 der Branche. Und mit 40 Filialen in der Schweiz vertreten, eine davon ganz in Ihrer Nähe. Mehr dazu decken wir für Sie auf unter www.randstad.ch

